

16.03.2017

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II (WestLB)
(Drucksache 16/14300)

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer – Politische Aufarbeitung des WestLB-De-sasters muss Konsequenzen für die zukünftige Beschäftigung mit landeseigenen Un-ternehmen haben

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss II konnte leider im Wesentlichen aus Zeitgründen nicht bzw. nicht in einer gebotenen Ausführlichkeit alle Untersuchungsgegenstände behandeln, insbesondere gilt das für die Themenkomplexe Abwicklung des Phoenix-Portfolio, verschwundene Konten und Zinsswaps oder die Aktivitäten in Offshore-Destinationen. Gleichwohl haben die umfangreichen Aktensichtungen, Beweisaufnahmen und Beratungen, die im Abschlussbericht zusammengefasst sind, eine Kette von Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen dokumentiert, die letztlich zum Ende der traditionsreichen Landesbank des Landes Nordrhein-Westfalen führten und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit einer Zahlungsverpflichtung in zweistelliger Milliardenhöhe zurücklassen.

Mit dem politisch gewollten und unterstützten Wandel der Westdeutschen Landesbank von einer Förder- und Sparkassenzentralbank zu einer internationalen Groß- und Beteiligungsbank wurde eindeutig der Bereich der Daseinsvorsorge überschritten. Ebenfalls gilt dies beispielsweise unter anderem für die Schaffung eines internationalen Touristikkonzerns mit Sitz in Niedersachsen, die Transaktion Boxclever oder die Leasing-Geschäfte.

Eine mit Steuergeldern wiederholt zu unterstützende Landesbank hätte nicht auf internationalen Kapitalmärkten im Wettbewerb mit Privatbanken und mit Risikolast für die Steuerzahler agieren dürfen. Deshalb wäre es auch ordnungspolitisch folgerichtig gewesen, die über die Förder- und Sparkassenzentralbank hinausgehenden Geschäftsbereiche auch materiell zu privatisieren.

Die Arbeiten des PUA II bestätigen die Richtigkeit der seitens der FDP-Landtagsfraktion bereits in der 13. Wahlperiode vertretenen Forderung, den Landesanteil der WestLB zeitnah zu

Datum des Originals: 16.03.2017/Ausgegeben: 16.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

veräußern, um einen Erlös für den Landeshaushalt zu generieren und den Steuerzahler vor zukünftigen ökonomischen Risiken zu bewahren. Diese Haltung, die auch seitens der Landtagsmehrheit der 14. Legislaturperiode politisch verabredet worden war, konnte leider bedingt durch die internationale Finanzmarktkrise nicht mehr umgesetzt werden.

Bereits zuvor war es der Bank und ihren Eigentümern nach der Etablierung des sogenannten Mutter-Tochter-Modells leider nicht gelungen, für die damals neue AG ein tragfähiges Geschäftsmodell festzulegen. Die Bank wurde auf der einen Seite von den großen Sparkassen und am anderen Ende von den internationalen Geschäftsbanken in die Zange genommen. Ideen einer Metropolsparkasse oder Zugang zum Retailgeschäft (Vertikalisierung) scheiterten in jedem Fall an politischen Vorgaben.

Das Zusammenwirken der Eigentümer orientierte sich in entscheidenden Fragen an ihren Partikularinteressen und nicht am Geschäftserfolg des gemeinsamen Unternehmens. Das gilt auch für unterschiedliche Überlegungen zu Landesbankenfusionen.

Die Beiträge der Eigentümer spielten ebenfalls eine Rolle bei der Bewertung der „Haftungskaskade“ der Phoenix-Ausgliederung: Obwohl die Sparkassenverbände die Anteilmehrheit besaßen, haben sie sich nur zu einer disquotalen Haftung zu Lasten des Landes und damit der Steuerzahler in Anspruch nehmen lassen.

Der frühere Ministerpräsidenten Wolfgang Clement fasste im PUA seine Erkenntnis wie folgt zutreffend zusammen:

„Sie bezieht sich generell auf öffentliche Unternehmen. Ich bin heute der Überzeugung [...], dass die Politik, die den Rahmen zu setzen hat, der für die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben gilt, sich tunlichst aus den Unternehmen heraushält.“ (APr 16/629)

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

Eine rechtzeitige Privatisierung der WestLB hätte dem Land Nordrhein-Westfalen große Teile der heute zu schulternden finanziellen Lasten erspart.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine Privatisierung von nicht für die Daseinsvorsorge benötigten Landesbeteiligungen vorzunehmen;
2. für eine Verbesserung des fachlich notwendigen Know-hows in den Aufsichtsgremien von Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung einzutreten.

Christian Lindner
Christof Rasche
Angela Freimuth
Ralf Witzel

und Fraktion